

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für Industriebeschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 02

SEPTEMBER 2015

Jahrgang 44

Personalabbau bei VOITH-Paper

VOITH-Paper im Chaos?

Konzernchef Lienhard - ein Messias oder eher ein Totengräber?

Wird den Voithianern, mit denen sich in der Fußgängerzone ein Gespräch ergibt, Glauben geschenkt, ist es um dem Papiermaschinenbau in Heidenheim schlecht bestellt.

An einer ehemals guten Produktparte, in der die Zusammenarbeit und die Fachkompetenz der Beschäftigten, die Qualität des Produkts bestimmten, ist heute wertlos geworden.

VOITH-Image zerfällt

Zum historischen Voith-Image zählte das Vertrauen zu den Führungsebenen und zu den fachlich kompetenten Beschäftigten von unten bis ganz nach oben.

Von Aussagen: „Die da Oben stoßen Paper ab, die wollen doch nicht mehr“ bis „Es ist doch alles Schei...“ lässt auf ein dramatisch schlechtes Betriebsklima schließen. Nur scheinbar erfährt die Heidenheimer Öffentlichkeit die Ängste, Sorgen und Nöte, der vom Personalabbau betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

Keine zukunftsweisende Produktstrategie?

Will Lienhard die hinzugewachsenen Voith-Produktparten auf das Niveau von Hans Voith nach 1945

reduzieren? Das was Voith über Jahrzehnte an hochintelligenten und zeitgemäßen Facharbeiter-Produkten im Großmaschinenbau ausgezeichnet hat, scheint Vergan-

werden. Nicht genug wie man hört, so sei beabsichtigt, den innerbetrieblichen Transport, Teile der Vorfertigung im Stahlbau, die Kleinteilefertigung auszugliedern, oder die dort Beschäftigten in eine Art innerbetrieblichen Personalverleih unter separater Kostenstelle einzugliedern.

Was in den Jahrzehnten vor Lienhard an verschiedenen Standorten erfolgreich und dezentral produziert wurde, soll jetzt wieder, allerdings mit gewaltigem Personalabbau zentralisiert werden.



Das von den VOITHianern mit rund 3,5 Mio. € mitfinanzierte Papier-Technologie-Center wurde in den Sand gesetzt

genheit zu sein. Lienhard bleibt den Voithianern eine zukunftsweisende Wachstums- und Produktstrategie, die auch unserer jungen Generation in Heidenheim Arbeitsplätze sichert, schuldig.

Wird nur Dampf abgelassen?

Lässt Lienhard aus den in- wie ausländischen Produktionskesseln nur den Dampf ab? Nein! Ganze Betriebe werden geschlossen. Die ertrags- und personalintensive Sparte Voith Industrial Services (VIS) soll mit Maus und Mann verscherbelt



Sozial is' muss!
Profite besteuern
statt Arme schröpfen!

Betrieb + Gewerkschaft

Lohndumping mit Werkverträgen verhindern

Unternehmen setzen immer öfter Werkverträge ein. In zwei von drei Betrieben (69 %) werden mittlerweile Arbeiten über Werkverträge fremdvergeben.

Betriebsräte verzeichneten in den vergangenen drei Jahren in fast einem Viertel der Unternehmen (22 %) eine Zunahme von Werkverträgen.

Werkverträge werden in allen betrieblichen Bereichen eingesetzt und betreffen Beschäftigte aller Qualifikationsniveaus. Durch die Fremdvergabe werden auch Arbeiten mit zentraler Bedeutung für die Produktion ausgelagert. Somit wird direkt in die Wertschöpfungskette eingegriffen.

Oft werden Werkverträge für Kostensenkungen missbraucht. Das führt zwangsläufig dazu, dass errungene Standards unterlaufen werden. In drei Viertel (73 %) der Betriebe stellen Betriebsräte fest, dass die Beschäftigten in Werkvertrags-Firmen zu schlechteren Arbeits- und Entgeltbedingungen arbeiten müssen.

Aufgrund der Gesetzeslage haben Betriebsräte kaum Handlungsmöglichkeiten. Eine Mitbestimmung über den Einsatz von Werkverträgen ist nicht möglich, selbst wenn Beschäftigte von Werkvertragsfirmen auf dem Gelände des Stammbetriebs arbeiten. Gleichzeitig verweigern die allermeisten Arbeitgeber freiwillige Regelungen: Nur in 5 Prozent der befragten Betriebe konnten Betriebsräte bislang die Vergabe von Werkverträgen im Rahmen von Betriebsvereinbarungen mit Unterstützung der IG Metall regeln.

Quelle: IG-Metall Betriebsrätebefragung 2015

Sanierungsgebiet Oststadt

**Gagfah vertreiben!
Leerstand kommunalisieren,
erwerben und sanieren!
Flüchtlinge aufnehmen**

Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
**BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und
andere Publikationen kosten Geld**
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 30
Kreissparkasse Heidenheim

Vielen Dank!

Kommunalpolitik

Sozial- u. Erziehungsdienste

Wiederaufnahme der Streiks Anfang Oktober

In der Tarifaueinandersetzung in den Sozial- und Erziehungsdiensten bereitet ver.di die „Wiederaufnahme von Streiks für Anfang Oktober mit veränderten Streikformen“ vor. Das geht aus einem ver.di-Infoblatt an die Beschäftigten hervor.

Darin heißt es: „Die Arbeitgeber erklärten, dass sie sich außer Stande sähen, über die Schlichtungsemp-



fehlung hinauszugehen. Sie verwiesen darauf, dass die VKA-Mitgliederversammlung zwar der Schlichtungsempfehlung zugestimmt habe, aber es auch Ablehnungen gegeben habe und vielen die Zustimmung nicht leicht gefallen sei. Es gäbe bereits Austritte aus den Kommunalen Arbeitgeberverbänden wegen der Zustimmung zu der Schlichtungsempfehlung und Kommunen würden überlegen, Kindertageseinrichtungen an freie Träger abzugeben.

Wir betonten nochmals, dass eine Verbesserung der Schlichtungsempfehlung erfolgen muss, um eine Befriedung zu erreichen.“

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe gab zu bedenken, dass bei einer Fortführung des Streiks die öffentliche Stimmung kippen könnte.

Quelle: ver.di, GEW

**Die Forderung muss bleiben:
Eingruppierungen verbessern**

DKP

Vermischtes Informationen Meldungen

Betroffenheit und Streicheleinheiten

Die Partei „Die Rechte“ hat in Dortmund seit Monaten jede Woche eine andere Flüchtlingsunterkunft bedroht. Aus Dortmund bietet jetzt der Nazi-Versand „Antisem.it“ bundesweit Waffen, Sturmhauben, Pfefferspray, Steinschleudern („50 Stahlkugeln gratis dazu“) an: „... Den Heidenau-Rabatt nutzen – schlägt zu!“ Nicht nur in Heidenau agieren ihre Gesinnungsgenossen von der NPD und ein rassistischer Mob volksverhetzend und Angst machend.

In dieser Situation nützen keine Sonntagsreden und inszenierten ‚Dialoge‘, kein Streicheln traumatisierter Kinder, kein Schimpfen auf „das Pack“ und auch keine Falsch Aussagen wie „Keine Toleranz gegenüber Rechtsextremen“ vor laufenden Kameras. Jede Rede von „wehrhafter Demokratie“ bleibt zynisch, solange den volksverhetzenden Straftaten kein Ende gesetzt wird – die Antidemokraten führen diese Demokratie vor.

Notwendig ist das Verbot der Parteien NPD und „Die Rechte“ und ähnlicher Organisationen. Ihnen müssen die Tribüne der Parlamente und die hohen staatlichen Zuwendungen, die daraus folgen, entzogen werden. Notwendig ist das Verfolgen und Bestrafen jeder einzelnen Straftat der kriminellen und volksverhetzenden Vereinigungen. ★

Die Politik Erdogans gegen die kurdische Bevölkerung zurückweisen

Lange hatte die türkische Regierung den „Islamischen Staat“ als nützliches Werkzeug gesehen, um die kurdischen Kräfte in Nordsyrien und die syrische Regierung zu schwächen. Die Terrorgruppe konnte sich über türkisches Territorium mit Nachschub versorgen und ihre Kämpfer in türkischen Krankenhäusern behandeln lassen. Nach dem Anschlag von Suruç, bei dem am 20. Juli 33 linke Jugendliche ermordet wurden, änderte die türkische Regierung ihre Politik: Nun bekämpft sie zumindest halbherzig den IS. Aber vor allem sieht sie diesen Kampf als nützliches Werkzeug, um die kurdischen Kräfte in Nordsyrien und im Irak zu schwächen und um den Kampf gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei wieder zu verschärfen.

Seit dem 24. Juli bombardiert die türkische Armee die PKK-Kämpfer in den irakischen Kandil-Bergen genauso wie die dort lebende Zivilbevölkerung. Diese Aggression muss beendet und von der BRD verurteilt werden.

Die regierende AKP hat die absolute Mehrheit der Mandate verloren, weil der linken, pluralistischen HDP trotz einer 10-Prozent-Hürde der Einzug ins Parlament gelungen war.

Die deutsche Regierung nimmt aber zur veränderten Politik der AKP-Regierung eine widersprüchliche Haltung ein: Einerseits begrüßte sie die Angriffe der Türkei auf den IS schon seit langem, fordert aber andererseits am „Friedensprozess“ mit der PKK festzuhalten.

Dieser Widerspruch kann nur mit klaren Positionen der Bundesregierung gelöst werden:

Aufhebung des PKK-Verbots.

Keine Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und die Türkei.

Die Politik Erdogans muss gegen die kurdische Bevölkerung und gegen die PKK zurückgewiesen und beendet werden.

KANENAS MONOS TOY!

KEINER BLEIBT ALLEINE!



SOLIDARITÄT MIT DEM GRIECHISCHEN VOLK!

Ziel ist es, die Orientierung der PAME auf die Gründung von Aktionsausschüssen politisch und finanziell zu unterstützen. Ziel der Aktionsausschüsse ist es, zusammen mit anderen Organisationen der Selbstständigen, Frauen und Studenten vor Ort die Soforthilfe in Griechenland gegen die fortschreitende Massenverelendung breiter Bevölkerungsteile zu organisieren. Dabei wird von der PAME, die uns um Unterstützung in diesem Sinne gebeten hat, der zentrale Slogan "Keiner bleibt alleine!" genutzt, den wir übernommen haben.

Mit der Spendenaktion verfolgen wir das Ziel:



Der anhaltenden Hetze gegen das griechische Volk hierzulande eine solidarische Haltung entgegenzusetzen.



Eine Aktionsorientierung der PAME zu unterstützen und bekannt zu machen, die nicht auf Almosen setzt, sondern auf eine Organisation gegen die EU- und IWF-Politik. Uns abzugrenzen von einer Pro-EU-Politik, die hierzulande auch von Teilen der LINKEN-Führung verfolgt wird. Wir sind der Meinung, dass unsere Partei in dieser Situation mit dieser Spendenaktion aktiv in die politische Auseinandersetzung eingreifen muss.



Spenden an: GLS Bank Bochum IBAN DE 36 4306 0967 4002 4875 02
Verwendungszweck: Griechenland Solidarität

Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossinnen und Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen.

Die Deutsche Kommunistische Partei hat sich nicht um ihrer selbst willen gebildet. Sie wirkt mit der Arbeiterklasse und in der Arbeiterklasse für die Zukunftsinteressen der Menschheit.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus - dafür kämpft die Deutsche Kommunistische Partei.

Ich möchte 

mehr Infos über die DKP Name, Vorname _____

UNSERE ZEIT - die Zeitung der DKP - kennenlernen _____

Kontakt zur DKP in meiner Nähe Straße, Hausnummer _____

Mitglied der DKP werden PLZ, Ort _____

Einsenden an: DKP Heidenheim
Reinhard Püschel,
Friedenstraße 8
89522 Heidenheim

Telefon: (07321) 92 42 06 E-Mail-Adresse _____

E-Mail: pueschel-reinhard@t-online.de Sonstige Informationen an die DKP: _____

Informationen der DKP an Infoständen und bei DKP-Stadtrat Reinhard Püschel